

# Jeder soll ein Jahr Pflege selbst bezahlen

## Zahl der Betreuungsfälle verdoppelt sich. Experten fürchten Kostenexplosion

■ Ohne Reformen müsste laut einer Studie der Beitragssatz 2060 auf fünf Prozent steigen

STEFAN VON BORSTEL

Angesichts der befürchteten Kostenexplosion in der Pflegeversicherung haben Experten einen neuen Vorschlag zur Finanzierung unterbreitet: Jeder Pflegebedürftige solle erst nach einer Karenzzeit von einem Jahr Leistungen aus der Pflegeversicherung erhalten, erläuterte der Freiburger Professor Bernd Raffelhüschen in Berlin. Die Kosten für das Karenzjahr könnten durch eine kapitalgedeckte Pflichtpauschale von etwa 25 Euro im Monat gedeckt werden.

Bundesgesundheitsminister Philipp Rösler (FDP) plant in diesem Jahr eine Reform der Pflegeversicherung. In mehreren Runden wurde dabei vor allem

über Leistungsausweitungen, nicht aber über die künftige Finanzierung gesprochen. „Über die Kosten möglicher Reformen wird eisern geschwiegen“, kritisierte Bernd Katzenstein vom Deutschen Institut für Altersvorsorge (DIA), das die Studie bei Raffelhüschen in Auftrag gegeben hatte. Gesellschafter des DIA sind die Deutsche-Bank-Gruppe und der Versicherer Herold.

Raffelhüschen rechnete vor, dass der Beitrag zur Pflegeversicherung von heute 1,95 Prozent angesichts der demografischen Entwicklung auf mindestens fünf Prozent im Jahr 2060 steigen muss. „Die Zahl der Pflegefälle wird von heute 2,3 auf 4,4 Millionen im Jahr 2050 steigen“, sagte Raffelhüschen. Zugleich werde die Zahl der erwerbstätigen Beitragszahler um fast ein Viertel zurückgehen. Angesichts der zunehmenden Individualisierung und des Zerfalls der Familien in unserer Gesellschaft sei damit zu rechnen, dass immer mehr Menschen im Alter in

Heimen gepflegt werden müssten. Heute werden die meisten pflegebedürftigen Alten noch zu Hause von ihren Ehepartnern oder Kindern betreut. Rechnet man diese kostentreibenden Faktoren hinzu, könnte der Beitragssatz langfristig sogar auf sieben Prozent steigen.

Der Umstieg auf die von SPD und Grünen propagierte Bürgerversicherung, bei der auch Beamte und Selbstständige zahlen müssen, werde die Pflegeversicherung nicht vor der finanziellen Schiefelage bewahren, meinte Raffelhüschen. Der Anstieg auf fünf Prozent Beitragssatz werde nur auf 4,7 Prozent abgebremst. Würden die Leistungen beim heutigen Stand eingefroren und real damit bis zum Jahr 2060 halbiert, dann könnte der Beitragssatz immerhin bei 2,5 Prozent gehalten werden.

Mit dem Karenzmodell könnte der Beitragssatz jedoch zumindest bis zum Jahr 2029 stabil bleiben. Bei Karenzzeiten von zwei oder drei Jahren könnten

die Beitragssätze sogar bis 2046 beziehungsweise 2070 gehalten werden. Bei einem schweren Pflegefall können dabei durchaus Kosten von bis zu 40 000 Euro entstehen. Diese Kosten könnten durch eine „Karenzpauschale“ für jeden in Höhe von 25 Euro im Monat aufgefangen werden. Immobilienbesitzer könnten alternativ aber auch eine Hypothek von 40 000 Euro für den Pflegefall eintragen lassen. Raffelhüschen erinnerte daran, dass bis zur Einführung der Pflegeversicherung 1995 jeder für die Pflege selbst aufkommen musste. Ein Jahr selbst zu schultern, sei daher zumutbar. Der Staat müsse sich auf die langwierigen Pflegefälle, die hohe Pflegekosten verursachen, konzentrieren.

Allerdings: Bei den Männern überlebt jeder Dritte das erste Pflegejahr nicht, bei den Frauen jede Fünfte. Im Schnitt kommt jeder männliche Pflegefall auf 48,4 Monate, jede Frau auf 60,3 Monate Pflegezeit.